

Matthias Jung von der Forschungsgruppe Wahlen: „Die Bindung an die großen Parteien hat nachgelassen und es gibt mehr wechselbereite Wähler.“

Richard Hilmer von Infratest Dimap: Man wisse jetzt, „dass 29 Prozent aller Wähler sich erst in der Wahlkabine über ihre Wahlabsicht im Klaren waren.“

Güllner sagte: „Unser Handwerkszeug werden wir gar nicht ändern.“ Die Stichprobe am Wahltag selbst habe ja funktioniert. Und: „Die Interpretation ist das Entscheidende.“

Es waren einfache Worte für Leute, die gewöhnlich die Welt erklären.

Eine Zeit lang schienen die Demoskopie ihren Kredit verspielt zu haben. Aber dann war die Sucht der Politiker und der Bürger nach der Messbarkeit stärker. Schon bald versorgten die Umfrageinstitute die Republik wieder mit ihren Zahlen. Schnell wurden sie wieder als reale Abbildung der Stimmung im Lande wahrgenommen. Auch die Mutter aller Fragen wurde wieder gestellt: „Wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre, für welche der folgenden Parteien würden Sie stimmen?“

Nur wenige kennen die Sonntagsfrage so gut wie Joachim Hofmann-Göttig. Der Politikwissenschaftler empfängt in seinem weiß getäfelten Büro in Koblenz. An der Wand Bilder von lokalen Sehenswürdigkeiten, auf dem Tisch eine Flasche Cola light. Wenn Hofmann-Göttig in nüchternem Ton ohne viele Höhen und Tiefen dozieren, geht fast verloren, dass er gerade den Publikumsrenner der Demoskopie zerlegt.

„Die Sonntagsfrage kann man komplett vergessen“, sagt Hofmann-Göttig. „Die ganze Welt ist auf diese Frage fixiert, dabei ist sie in der gesamten Demoskopie das Instrument, was am wenigsten taugt.“

Seit 30 Jahren beschäftigt sich Hofmann-Göttig mit Demoskopie. Mehrfach hat er die hohe Fehlerquote der Sonntagsfrage nachgewiesen. Für seine Kritik an der Sonntagsfrage gibt es viele Gründe. Die gewählten Stichproben sind in der Regel mit rund 1000 Befragten zu klein, um für kleinere Parteien exakte Werte zu ermitteln. Selbst bei den größeren gehen Meinungsforscher von einer Fehlertoleranz von plus und minus drei Prozentpunkten aus.

Ein Beispiel: Wenn die Partei von Politiker A in einer Umfrage 40 Prozent der Stimmen erhält, die seines Herausforderers B aber nur 37 Prozent, können beide in Wirklichkeit gleichauf liegen. Aber nur wenige

Institute weisen darauf hin, dass ihre Werte ungenau sind.

Hinzu kommt, dass die Parteienbindung abnimmt. So ergibt die Kombination bürgerlich-katholisch-bayerisch nicht mehr automatisch einen CSU-Wähler, ein protestantischer Arbeiter aus dem Ruhrgebiet macht sein Kreuz nicht mehr zwangsläufig bei der SPD. „Gerade in unsicheren Zeiten lassen sich Wählerinnen und Wähler viel weniger vermessen als gelegentlich vermutet wird.“ Es ist also der langjährige Wissenschaftler Hofmann-Göttig, der die Sonntagsfrage demontiert. Daneben gibt es aber auch noch einen anderen Joachim Hofmann-Göttig. Den Politiker. In dieser Rolle hat der 59-Jährige die Demoskopie auch einmal aus einer ganz anderen Perspektive kennengelernt.

Einen demoskopisch unbestechlichen Homo politicus, der seine Entscheidungen fern des Zeitgeistes trifft, hat es nie gegeben – auch wenn es früher weniger Umfragen gab und sie seltener publiziert wurden.

Kanzler Kurt Georg Kiesinger galt als regelrecht „demoskopie-hörig“. 1969 lehnte er eine Aufwertung der D-Mark mit dem Verweis auf eine aktuelle Umfrage ab: 87 Prozent der Bundesbürger seien dagegen. Auch im Etat der Bundesregierung war die Meinungsforschung stets ein wichtiger Posten. Von 1971 bis 1988 verdoppelte sich die Summe auf etwa zwei Millionen Mark. Mittlerweile hat sie sich bei etwa zwei Millionen Euro eingependelt.

Einmal pro Woche schickt das Bundespresamt nicht nur eine Auswertung aller Umfragen der Woche ins Kanzleramt, sondern auch die Ergebnisse auf die direkt im Auftrag der Regierung gestellten Fragen. Eine davon ist die nach der Zufriedenheit mit der Regierung, eine andere die nach dem wichtigsten Thema der Woche. Weil die Interviewten hier von sich aus Begriffe nennen müssen, ist sie ein guter Gradmesser dafür, was Deutschland gerade umtreibt.

Angela Merkel, die studierte Naturwissenschaftlerin, misstraut den Zahlen. Das hält sie allerdings nicht davon ab, sie für ihre Zwecke zu nutzen. Als der Vorsprung von Schwarz-Gelb schmolz, tauchte in ihren Reden wieder häufiger ein rot-rot-grünes Schreckgespenst namens „linker Mehrheit“ auf. Merkel weiß: Solange sie im Amt ist, hat sie ohne Zutun einen großen Vorteil. Wer regiert, kann die Zeit in längere Abschnitte einteilen. Denn im Gegensatz zur Opposition kann die Regierung schlechte Umfragewerte nicht mit hastig hervorgezauberten Themen oder einem schnell aufgelegten Programm bekämpfen. Weil etwa eine Gesetzesinitiative ein halbes Jahr Vorlauf braucht, verliert das Situationspendelausschlagen werden so weniger gefährlich.



„In unsicheren Zeiten lassen sich Wählerinnen und Wähler viel weniger vermessen als vermutet wird“

Joachim Hofmann-Göttig (SPD), zukünftiger Oberbürgermeister Koblenz

Die Umfragen nur nicht zu ernst nehmen. Das waren bis vor Kurzem noch die Worte von Renate Künast. Umfragewerte steigen und fallen, sagte die Grünen-Kandidatin für das Berliner Bürgermeisteramt bei jeder Gelegenheit. Wer wüsste es besser als Sie. Künast ist, in gewisser Weise, eine aus Zahlen geschaffene Kandidatin – bevor sie aufgestellt wurde, hatte man ihre Chancen in Umfragen ausgelotet. Aber nach ihrem Höhenflug in den Umfragen vergangenen Sommer und Herbst war ihre Partei zuletzt viele Prozentpunkte abgestürzt. Die grüne Euphorie war zunächst verfliegen. In Hamburg landeten die Grünen weit unter dem Ergebnis, das ihnen Demoskopie noch wenige Wochen zuvor vorausgesagt hatten. Aber dann kam Japan. Dann kamen Fukushima und die Angst um ein zweites Tschernobyl, und die Stimmung schlug um. Die Menschen setzten wieder auf Grün. In Sachsen-Anhalt fuhr die Partei ein Rekordergebnis ein.

Für André Stephan läuft also alles nach Plan. Der Landesgeschäftsführer der Berliner Grünen organisiert den Wahlkampf für Renate Künast. „Ein Wahlkampf ist auch ein Auf und Ab bei den Umfragewerten“, sagt Stephan. Er kommt gerade von einem Bewerbungsgespräch und spricht von so etwas wie einem Ansturm. Viele wollten im Wahlkampf mithelfen. Die grüne Basis sei seit dem Sommer elektrisiert.

Stephan, kurze braune Haare, Pulli, sitzt in seinem Büro, von allen Seiten lächelt ihn seine Spitzenkandidatin an. Vom Pflaster auf dem Tisch, vom Poster an der Wand: Künasts Kopf vor grünem Hintergrund. „Für Berlin“, steht darauf. Das war eine der ersten Aufgaben im

Wahlkampf: den richtigen Slogan finden. Bereits dafür gab es Umfragen.

Wenn man ihn fragt, wie wichtig Umfragen für einen Wahlkampf sind, dann verliert Stephan kurz den Blickkontakt, schaut durchs Fenster und zögert ein, zwei Sekunden. Er zieht kurz die Augenbrauen zusammen, sagt: „Sie sind nie unwichtig.“

Rund 5000 Mitglieder hat der Berliner Landesverband derzeit. 2010 kamen allein 1000 hinzu. Im August, als Künast Woiwete überholte, gab es pro Woche etwa 100 Neumitglieder. Zu dieser Zeit, also weit bevor die Künast-Kandidatur feststand, stellte Stephan bereits einen Analytiker ein. Um eine Antwort auf die wichtigste Frage der Kampagne zu finden: Wen mobilisiere ich wann und mit welchen Aussagen? Und was machen die anderen?

Das Rennen wird wohl knapp. Deshalb will Stephan erst in der Woche vor dem Wahltag einen Großteil seines Budgets ausgeben. Dann wird auch noch einmal die Demoskopie-Maschine angeworfen. Es geht im Endspurt vor allem um die lange Unentschiedenheit; um die, die immer mehr werden; um die, die manchmal erst in der Wahlkabine entscheiden, wen sie wählen. Wer heute eine Wahl gewinnen will, braucht diese Gruppe, über die man eigentlich nichts weiß, weil sie so zusammengewürfelt erscheint. Die derart Begehrten aber, so glauben die Strategen, werden sich vor allem von den Umfragen leiten lassen.

„Die Sonntagsfrage ist ein Stück Politik an sich“, sagt Stephan. „Sie kann am Ende die Wahl entscheiden.“

Eine Welt ohne Umfragen wird es bei aller Kritik an ihr nicht mehr geben. Das will aber auch niemand. Kein Politiker. Kein Wähler. Kein Journalist.

Denn Umfragen sind nicht nur beliebt und damit gut für das Geschäft. Demoskopie und Demokratie sind auch Geschwister im Geiste, nicht nur beim griechischen Wortstamm, der „Volk“ bedeutet: Demokratie basiert auf der Macht der Mehrheit und damit auch auf dem Wissen, was diese Mehrheit will.

Bei fast 82 Millionen Bürgern gibt es nur zwei Möglichkeiten, den Willen des Volkes zu erfahren: alle paar Jahre durch Wahlen. Und in der Zeit dazwischen durch Umfragen.

Deshalb werden in den Callcentern dieser Republik Rentner, Studenten und andere weiter jeden Tag Nummer nach Nummer anwählen und sich durch die Wohnzimmer im Land fragen, möglichst ohne eine Antwort vorzugeben. So neutral wie möglich. Wissenschaftlich:

„Wie zufrieden sind Sie mit der Arbeit der Bundeskanzlerin Angela Merkel?“

„Wenn Sie die Bundeskanzlerin selbst wählen dürften: Für wen würden Sie sich entscheiden: für Angela Merkel oder für Frank-Walter Steinmeier?“

Und natürlich:

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“

Irgendwann nach diesem Block mit fast 20 politischen Fragen werden sie vielleicht noch nachhaken, ob die Person am anderen Ende der Leitung Probleme mit Hühneraugen hat – oder vielleicht Rheuma? Es geht für die Institute eben auch ums Geldverdienen.

Richtig erhoben und eingesetzt sind Umfragen keine Drogen, sondern ein Mittel, das die Demokratie gesund halten kann. Wer es einnimmt, muss nur wie bei jeder Medizin die Zutaten kennen und die Packungsbeilage gelesen haben. Man muss wissen, wer die Umfrage wann gemacht hat und wie viele Menschen wie befragt wurden. Man muss wissen, dass die vielen Umfragen, die nicht repräsentativ gemacht wurden, keine Auskunft darüber geben können, was das Volk wirklich denkt.

2011 ist ein wichtiges Jahr der Bewährung für die Meinungsforscher. Ihre Zahlen werden mit dazu beitragen, wer im Bundesrat entscheidet, ob die CDU weiter Hausmacht im wichtigen Baden-Württemberg bleibt, ob der Zusammenhalt in der FDP zerbricht. Die Demoskopie entscheidet auch über die Zukunft der schwarz-gelben Bundesregierung, über die Zukunft von Angela Merkel.

Die Meinungsforscher sind dabei vorsichtiger geworden. Das Trauma von 2005 sitzt tief. Wenn sie in den letzten Tagen vor der Wahl Umfragen veröffentlichten, schreiben sie meist dazu: keine Prognose. Ein Fiasko wie vor sechs Jahren können sie sich nicht noch einmal leisten. Sollten ihre Zahlen und die Ergebnisse noch ein weiteres Mal so weit auseinanderliegen, werden sie nicht mehr ernst genommen werden. Deshalb wird wohl auch eine Frage am Ende des Jahres beantwortet sein: Was taugt die berühmte Sonntagsfrage wirklich?

Wie schwer man sich ihrer Faszination entziehen kann, musste der Wissenschaftler, Politiker und Sonntagsfragen-Kritiker Joachim Hofmann-Göttig unlängst selbst erfahren. Es passierte ihm, als er 2009 per Direktwahl für das Amt des Koblenzer Oberbürgermeisters kandidierte.

Am Ende eines anstrengenden Tages, an dem er wieder einmal unzählige Hände geschüttelt und aufmunternde Worte gehört hatte, spürte er plötzlich nur noch ein Verlangen. Eine Sonntagsfrage über seine Chancen. Um zu wissen, ob die gefühlte Euphorie auch der tatsächlichen Stimmung entspricht. Um irgendeine Zahl in der Hand zu haben, die ein wenig Sicherheit gab.

Hofmann-Göttig muss noch heute lächeln, wenn er daran denkt: „Ausgerechnet ich, der nie an Sonntagsfragen geglaubt hat.“ Oberbürgermeister ist er am Ende dann doch geworden.

Der Wähler ist der Affe

Was Politiker wirklich von den Menschen denken

NIKOLAUS BLOME

Was die Politiker von den Leuten denken, prägt die Politik, die sie für Land und Leute machen – und zwar weit mehr als Parteiprogramm oder Persönlichkeit. Und sie denken, kurz gefasst, nicht gerade gut von den Leuten.

Wenn es wirklich noch eines Beweises für diese trockene Wahrheit brauchte, dürfte er in den vergangenen 14 Tagen hinreichend erbracht worden sein. Und wenn wirklich noch ein Sahnehäubchen auf dem Ganzen fehlte, dann hat es Wirtschaftsminister Rainer Brüderle draufgekleckert.

Brüderle wird aus einem vertraulichen Gespräch mit wichtigen Unternehmenschefs so zitiert: Weil die Deutschen in Sachen Atomkraft leider ziemlich irrational seien, sehe sich die Politik zu allerlei ebenso irrationalen Volten genötigt. Erst recht natürlich, wenn wichtige Wahlen anstünden. Das sei zwar irgendwie doof für die betroffene Industrie; aber man möge es bitte nicht so eng sehen ...

Was wir gerade erleben, ist Politik auf Basis von Unterstellungen. Die Kanzlerin glaubt, dass nach Fukushima mit den Deutschen nicht mehr vernünftig über Atomkraft zu reden ist. Also nimmt die Regierung deutsche Atomkraftwerke vom Netz, obwohl sich an deren Sicherheit ob-

ektiv nichts geändert hat. Sie gibt dem Affen Zucker, könnte man sagen.

Und der Affe ist der Wähler.

Dabei spielt es keine entscheidende Rolle, ob dieses Bild vom Bürger sich vorwiegend auf Umfragen stützt oder auf ein vages „Bauchgefühl“ oder auf eigene Eindrücke aus dem direkten Kontakt mit den Menschen – der oftmals den bezeichnenden Namen „Bürger-Sprechstunde“ trägt, als sei der Bürger Bittsteller oder Patient. Natürlich haben Politiker aller Parteien ein sehr waches Auge auf die aktuellen Umfragen und besonders auch auf Langzeit-Befragungen, die wichtige politische Unterströme in der Gesellschaft nachzeichnen, etwa bei den Stichworten „Euro/Europa“ oder „Reformbereitschaft“. Was viele Politiker ganz grundsätzlich von den Deutschen denken, ist dennoch weitgehend resistent gegen Umfrage-Schwankungen.

In der aktuellen Politik von Regierung wie Opposition tritt ein Bild der Politiker vom Bürger zutage, der hysterisch ist, vor Atomkraft-Schreck den Kopf verliert. Dem man wie störrisch krähenden Kleinkindern nicht mehr mit Erwachsenen-Logik kommen kann, sondern seinen Willen lassen muss. Angela Merkel, aber beileibe nicht sie allein, hält die große Mehrheit der „Menschen draußen im Land“ für leicht auf Abwege (ver-)führbar. Für irrational, schwer berechenbar und undankbar.

In anderem Zusammenhang schrieb die Kanzlerin einmal diesen Satz in ein Gästebuch: „Weil man nie sicher sein kann, dass die Menschen vernünftiger werden, müssen die politischen Strukturen der Bundesrepublik so sein, wie sie sind.“ Das hätte, wohlgerne, ein grü-

ner oder ein SPD-Spitzenpolitiker genauso schreiben können.

Klar ist: Viel mehr Skepsis gegenüber der eigenen Kundschaft geht nicht.

Zugleich darf man davon ausgehen, dass die Regierung weiß, wie sehr sie mit dem Hals-über-Kopf-Atomausstieg auf dem Holzweg ist. Gemessen an den Zielen wie Klimaschutz, bezahlbare Energie, Versorgungssicherheit ist das Manöver ein Rückschritt, also ein Fehler.

Zu einem offenkundigen Fehler gezwungen zu werden oder sich auch nur gezwungen zu fühlen – das hat niemand gern. Auch Politiker nicht, und schon gar nicht Angela Merkel, deren Markenzei-

„Was wir gerade erleben, ist Politik auf Basis von Unterstellungen“

chen so lange Pragmatismus pur und wissenschaftlich kühle Vernunft waren. Aber sie glaubt, derzeit jemand anders sein zu müssen. Jemand, der sie nicht ist – und das merken die Leute.

Wer Merkel in diesen Tagen beobachtet, kann ihren Frust darüber wie mit Händen greifen.

Es ist der ohnmächtige Frust von Politikern über die Bürger, die gerade die Politik vor sich her treiben. Es ist die stille Wut zweier Regierungsparteien, die wissen, dass der Zickzackkurs ihre Glaubwürdigkeit bei den Wählern schwer beschädigt. Die aber genauso sicher zu wis-

sen glauben, dass ein „Weiter so“ in Sachen Atomkraft die Bürger erst recht gegen sie aufgebracht hätte. Wenn viel, vielleicht zu viel, in den letzten Jahren von der Politikverdrossenheit der Bürger die Rede war – dann ist hier Bürgerverdrossenheit der Politiker zu betrachten. Wer macht schon gern den nächsten Zug, wenn er weiß, dass jeder denkbare Zug ein „no win“ ist?

Hans Magnus Enzensberger hat einmal geschrieben: „Die Überzeugung, dass er es ‚draußen im Land‘ mit Millionen Idioten zu tun hat, gehört zur psychischen Grundausstattung des Berufspolitikers.“ Viele Politiker, quer durch alle Parteien, haben sich damit durchaus eingerichtet. Etliche nur ernüchtert, manche ziemlich zynisch, so gehen sie ihren Aufgaben nach und denken still bei sich: Die Bürger sollen uns Politiker die Politik machen lassen, weil wir so viel mehr davon verstehen als sie und es nun einmal unser Geschäft ist. In Sachen Atomkraft ist ihnen dieses Geschäft de facto aus der Hand genommen worden.

Das bleibt nicht ohne Wirkung. Wer wachsenden Wählerfrust für die einzige Folge der Atomwende hält, sieht nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen steht wachsender Politikerfrust.

Kurzum: Auf beiden Seiten des Grabens, der zwischen Wählern und Gewählten liegt, herrscht Verdrossenheit. Sie beruht auf Gegenseitigkeit. Das ist gefährlich.

Der Autor leitet das Hauptstadtkorrespondentenbüro der „Bild“-Zeitung. Sein Buch „Der kleine Wählerhasser. Was Politiker wirklich über die Bürger denken“ ist soben bei Pantheon erschienen.